

## KARIKATUR DER WOCHE



Von Nutzen und Nachteil der Homöopathie für das Leben

## Passen Globuli in ein modernes Gesundheitswesen?

Gastkommentar  
von MARCEL SCHÜTZ

Die Homöopathie genießt einen durchwachsenden Ruf. Die Universitätsmedizin hat ihr auch zwei Jahrhunderte nach der Begründung durch den Arzt Samuel Hahnemann nichts abgewinnen können. Das wohl bekannteste Verfahren: In reiner Konzentration gefährliche und wenig appetitliche Substanzen («Urtinktur»: Metalle, Sekrete, Kot usw.) werden hoch verdünnt. Je höher die Verdünnung (Potenzierung), desto höher die behauptete Wirkung. Nach Massgabe des Gründervaters sind sogar bestimmte Schläge auf die Abfüllbehältnisse zu beachten.

Bis heute wird die Auffassung vertreten, dass die Substanzen eine heilende «Botschaft» hinterliessen, die von der Wissenschaft bis anhin nicht zu entschlüsseln sei. Eingefleischte Schulmediziner haben für diese «Verschüttelung» nur Kopfschütteln übrig; sie verweisen auf die Standards ärztlicher Profession und können sich durch die Studienlage bestätigt sehen: In keinem Journal der forschungsintensiven Medizin ist ein Nachweis der Wirksamkeit der Homöopathie erbracht worden. Nachfragen bei Lehrstühlen führen zum – mit ärztlicher Diagnostik gesprochen – «gesicherten Befund» der Nichtwissenschaftlichkeit.

### Beobachtungen und Berichte

Aus Sicht der Homöopathen kommuniziert die akademische Ablehnung reine Arroganz. Für eine Heilmethode, die sich anschickt, als alternative Fraktion der Gemeinschaft «echter» medizinischer Profession zuzugehören, verheisst diese Lage nichts Gutes. Wie jede Disziplin bringt die Medizin eigene referierte Fachmedien hervor und bestimmt mit einer geeigneten Mehrheit ihrer Experten die dafür gebotenen Qualitätskriterien zwecks Substanziierung des ärztlichen Wissens.

Die Homöopathie wartet mit eigenen Publikationen auf. Gewürdigt werden darin die originäre Lehre und deren Überlieferung für die Gegenwart. Der Kontrast zum akademischen Fach könnte kaum grösser sein: Wird in der Lehr- und Forschungsmedizin die standardisierte, klinisch-experimentelle Methodik angewandt, verweisen Homöopathen anekdotisch auf Beobachtungsnotizen und Patientenberichte. Anders als in der Schweiz, wo herrührend aus einem Volksentscheid die Homöopathie in den Leistungskatalog der Grundversicherung «geadelt» wurde, wird in Deutschland weiter über die Erstattung durch Krankenkassen gestritten. Die Schweiz ist inzwischen zum Globuli-«Eldorado» geworden, wiewohl das Votum von 2009, anders, als manche zuweilen insinuieren, keineswegs die Anerkennung der Wissenschaftlichkeit erwirkt hat. Dem Volkswillen folgend, wurden die gesundheitsamtlichen Bestimmungen ledig-

lich gebogen. Das Kriterium der Reproduzierbarkeit homöopathischer Arbeiten durch unabhängige Akteure kann nach wie vor nicht geleistet werden.

Vor allem die klischeehafte Gegenüberstellung sanfter Heilkunst einerseits und kühler Krankenabfertigung andererseits dürfte einen Ansatzpunkt bieten, weshalb Homöopathen rege Nachfrage erfahren. Je nach Befragung konsumiert schon über die Hälfte der schweizerischen und der deutschen Bevölkerung Homöopathika. Viel Lob gilt der individuellen Zuwendung. Patienten schildern, wie sie nach langem Marsch durch die Arztpraxen jene persönliche Behandlung erfahren, die ihnen die ersehnte Linderung ihrer Beschwerden schenkt; wundersame Heilungserlebnisse eingeschlossen. Die Medizin wischt all das nicht einfach vom Tisch, sie verneint aber die Behauptung von Kausalitäten und erklärt das Phänomen primär über Placebo- und Kontexteffekte: eine in Erwartung von Wirksamkeit empfundene bzw. eintretende Besserung. Die Wahrscheinlichkeit dafür scheint allzumal

### In einem modernen Gesundheitswesen wird selbst ein unbeweisbarer Heilungsglaube keine Sünde sein.

durch intensive Betreuung erhöht zu werden. Ferner kommt es zu Genesungen ohne Behandlung.

Dass die Homöopathie eine – nach naturwissenschaftlichem Massstab – Nichtwirkung (bei zugleich jedoch erfolgreichem Wirkungsvertrauen) nicht eingestehen kann, ist mit Blick auf die Selbstlegitimation leicht verständlich; sie müsste ihre wissenschaftlich unentscheidbaren und geradezu mystisch gefestigten Annahmen – basierend auf Astrologie und Esoterik des ausgehenden 18. Jahrhunderts – verwerfen. Dazu ist eine Lehre nicht fähig, die das Falsifizieren eigener Aussagen ausschliesst. Mit Blick auf das Image der Homöopathie als (überaus) schonender Heilungsmethode stellt sich allerdings die Frage nach Henne und Ei. Hat die Medizin persönliche Zuwendung überhaupt aus den Augen verloren oder die «Komplementärmedizin», wie die Homöopathie sich gerne ausweist, ihr Angebot nur erfolgreich vermarktet? Schon die Eigennennung als «ergänzende» Medizin wirft Zweifel auf. Längst hat die Homöopathie ihren Platz in der Pharmazie, wenn der Anteil auch überschaubar bleibt. In der Schweizer Grundversicherung lag er zuletzt bei rund 8 Millionen von 30 Milliarden Franken; so wie

die Rezepturen der Homöopathie sind ihre Kosten «hochverdünnt» – der Streit um Quantität birgt wenig Erkenntnis.

Stattdessen erscheinen bis anhin unbesehene Aspekte für die Diskussion von Belang: erstens, die genauere Beschreibung, wie die Homöopathie ihre Anerkennung zu erhalten versteht; zweitens der Blick auf den hausärztlichen Patientenkontakt. Zum ersten Punkt ist eine neue Arbeit mit dem sprechenden Titel «Potenzierte Fakten» (Sophia Wege) zu erwähnen. Das Papier widmet sich der Analyse homöopathischer Begleitinformation, wie sie für Präparate und Therapien bereitgestellt wird.

Es geht um die Rekonstruktion narrativer Formen der Homöopathie. Da gibt es etwa den Befund, dass die Homöopathie ausgerechnet den Stil der Schulmedizin imitiert. So werden den Patienten Hinweise zu sicherer Dosierung, Einnahmezeiten und Fahrtüchtigkeit gegeben, obwohl gar keine Risiken bestehen. Des Weiteren wird die Bedeutungskulisse der Homöopathie über ärztliche Instruktionen fundiert. Beispiel: Hochverdünntes Petroleum bietet man in der Potenz D 30. Die Verdünnung liegt bei eins zu einer Quintillion, was einer Verdünnung auf 50 (!) Erdmassen entspricht. Bei derart hohen Potenzen ist der Ausgangsstoff verschwunden. Gleichwohl heisst es, die Verabreichung sei «der ärztlichen Behandlung vorbehalten».

Was hier geschieht, ist die «Vermedikamentösung» von Nichtmedikamenten. Die Prozeduren der Therapie erinnern den Patienten an vertraute Routinen der Schulmedizin. Erst dadurch, dass er bereit ist, ein Präparat als Heilmittel anzuerkennen, kann die Behandlung zustande kommen. Bevor der Homöopath sich legitimiert, bedarf er der Mitwirkung durch den Patienten. Dies gelingt über die Verschmelzung faktualer und fiktionaler Aktivitäten.

Ein zweiter Punkt, die Beziehung von Arzt und Patient, ist beachtenswert. Diese bildet einen Ausgang homöopathischer Kritik an konventioneller Allgemeinmedizin. Und hier wird es konfus, denn längst wenden zahlreiche niedergelassene Ärzte homöopathische Dienste an, die ihrer akademischen Ausbildung widersprechen.

Wie lässt sich erklären, dass das «Narrativ der Homöopathie» von Allgemeinmedizinern «bereitwillig aufgegriffen und weiter erzählt» (Sophia Wege) wird? Neben der Neigung mancher Ärzte, wirtschaftlich einträglichen Angeboten womöglich offener gegenüberzustehen, als es die gestrenge Universitätsforschung dulden mag, spielen meines Erachtens Gründe eine Rolle, die die Interaktion im Sprechzimmer betreffen. Da ein Vertrauensverlust im Raum steht, können sich Ärzte motiviert sehen, ihr Fachwissen gegenüber Patienten auch in «alternativer» Form zu sichern. Eine Studie der Universität Zürich förderte zutage, dass aber nur die Hälfte jener Zürcher Ärzte, die Globuli verschreiben, Wirkungen erwarten. Die sensorische

Attraktivität der zuckrigen Kügelchen wäre noch gesondert zu bedenken. Im Übrigen beruhen Arzneien, wie die Soziologin Anna Henkel festhält, auf «anspruchsvollen gesellschaftlichen Konstruktions- und Absicherungsleistungen» – eine Beobachtung, die nicht zuletzt für die Homöopathie gelten darf.

Über seine Extra-Legitimation kann der Hausarzt die Interaktionslast im Patientenkontakt reduzieren; er kann den Erwartungen des Patienten folgen, ohne sich mit evidenzmedizinischen Belehrungen aufzuhalten, die bei bestimmten Patienten doch nur mit Beratungsresistenz beantwortet würden. Ein Patient, der sich nicht mehr sachkundig überzeugen lässt, muss nicht verloren sein. Er kann am Expertenstatus des Arztes partizipieren, indem er jene Versorgung erhält, die er wünscht. Diese ärztliche Defensive ist der sozialen Geschmeidigkeit der Behandlung zuträglich. Gerade in der Lösung von Medizin, gerade im Versuch, Akzeptanz zu gewinnen, setzt der Arzt aber die Autorität seines Faches aufs Spiel und riskiert, dass er im Bemühen, die eigene Professionalität zu halten, geradezu ihre «Verwässerung», also Deprofessionalisierung, forciert. Im Fazit läuft es auf eine paradoxe doppelte Imitation von Kompetenz hinaus: Die Schulmedizin imitiert die Homöopathie dabei, wie diese die Schulmedizin imitiert.

### Die Diskussion muss weitergehen

Diese Beobachtungen können helfen, das gegenwärtig diffuse (alternativ)medizinische Gegen-, Neben- und Ineinander zu plausibilisieren. Hervorzuheben bleibt, dass die Präparate der Homöopathie regelmässig «nur» ein Medium darstellen, das die eigentliche intensive Betreuung überhaupt erst initiiert. Die weit fortgeschrittene, von Ambivalenz geprägte Verschränkung ärztlicher Praktiken ist in der üblichen, oft polemischen Kontroverse weitgehend unbeachtet geblieben.

Dies dürfte damit zu erklären sein, dass beide Seiten wenig Interesse daran haben, ihre Bezüge auf das andere «Lager» offenzulegen. In einem modernen Gesundheitswesen wird selbst ein unbeweisbarer Heilungsglaube keine Sünde sein. Eine ganz andere Frage ist, inwieweit solche Massnahmen, die der evidenzorientierten Medizin entgegenstehen, politisch begünstigt werden sollen. Die (längst verbreitete) Aufklärung der Patienten bietet nicht den alleinigen Hebel. Auch sind das soziale Geschehen einer narrativen «Verwirklichung» von Unsichtbarem und Unbelegbarem sowie die ärztliche Interaktion in den Blick zu nehmen. Die Diskussion darüber steht allerdings erst am Anfang.

Marcel Schütz ist Research Fellow an der Northern Business School Hamburg und lehrt Soziologie an der Universität Bielefeld.



2000 Ebola-Tote in Kongo-Kinshasa

## Hilfe setzt Vertrauen voraus



FABIAN URECH

Korrupte Behörden, eine mausarme und miss-trauische Bevölkerung, kaum Infrastruktur, dazu Dutzende von Rebellen Gruppen, welche die Helferinnen und Helfer bisweilen ins Visier nehmen: Zu Recht sprechen Hilfswerke bei der Ebola-Epidemie im Osten Kongo-Kinshasas von «einem der komplexesten Gesundheitsnotstände, die es jemals gab». Dennoch muss sich die internationale Gemeinschaft ein Jahr nach Ausbruch der Epidemie und inzwischen 2000 Toten fragen, ob sie alles richtig gemacht hat. Die Zahl der Neuinfektionen ist bis vor kurzem noch angestiegen. Ist das einzig den schwierigen Arbeitsbedingungen geschuldet?

Klar ist: Den ausländischen Hilfsorganisationen ist es noch nicht gelungen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Die Hälfte der Ebola-Toten ist ausserhalb der speziellen Behandlungszentren gestorben. Wer krank ist, bleibt in vielen Fällen lieber zu Hause, viele verstecken sich gar. Ein verbreiteter Aberglaube, eine mangelnde Aufgeklärtheit und die fehlende Akzeptanz der Lokalbevölkerung gegenüber moderner Medizin werden dafür verantwortlich gemacht. Doch diese

Erklärung, die oft auf einem exotischen, latent rassistischen Afrika-Bild fusst, greift viel zu kurz.

Die Epidemie grasiert in einer Region, die sich seit 25 Jahren in einem Kriegszustand befindet. In den Hügeln und Wäldern verstecken sich über hundert Milizen. Die Bevölkerung hat die Regierung in Kinshasa fast ausschliesslich in Form marodierender Sicherheitskräfte kennengelernt, bei denen Menschenrechtsverbrechen zum Standardrepertoire gehören. Dass sich in diesem Kontext ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber Fremden entwickelt, ist verständlich – ja vielleicht eine Überlebensstrategie.

Spätestens seit der verheerenden Ebola-Epidemie in Westafrika vor vier Jahren ist klar, dass das Vertrauen in die Helfer der Schlüssel zur erfolgreichen Bekämpfung des Virus ist. Wo dieses fehlt, laufen auch die umfassendsten Hilfsprogramme ins Leere. Was daraus folgt, ist so simpel wie einleuchtend: Es müssen jene das Ruder übernehmen, die in der Bevölkerung Vertrauen geniessen.

In den hauptsächlich betroffenen Provinzen Nord-Kivu und Ituri sind dies vor allem Menschen, die man gut kennt und achtet: Dorfvorsteher, religiöse Führer, Exponenten lokaler Organisationen, vielleicht auch Bürgermeister und traditionelle Mediziner. Ihnen kommt in der Logik der bisherigen Interventionen höchstens eine ausführende Rolle zu. «Wer zahlt, befiehlt», heisst der Modus Operandi. Er folgt aus der irrigen An-

nahme, dass die Begünstigten den fremden Helfern blind folgen, selbst wenn diese auf kulturelle Eigenheiten, Ängste und lokale Machtverhältnisse wenig Rücksicht nehmen.

Viele Beobachter weisen deshalb darauf hin, dass in Ost-Kongo die Lehren aus der Vergangenheit kaum beherzigt werden. «Anstatt mit lokalen Autoritäten zusammenzuarbeiten, verbreiteten fremde Helfer Botschaften, die in der Bevölkerung mehr Fragen als Antworten hinterlassen», bemerkte eine NGO-Mitarbeiterin unlängst. «Der beste Weg, das Misstrauen zu überwinden, ist, den Leuten vor Ort zu vertrauen.» In der Entwicklungszusammenarbeit und in der humanitären Hilfe ist von einem solchen partnerschaftlichen Ansatz oft die Rede. In der Praxis aber tun sich viele Hilfs- und Geberorganisationen damit schwer. Wie Hilfsprojekte in Afrika aussehen, wird noch immer in westlichen Hauptstädten entschieden. Nur ein Bruchteil der Hilfe wird von lokalen Organisationen umgesetzt. Allzu oft werden die örtlichen Verhältnisse deshalb höchstens nachgelagert berücksichtigt. Die Folge sind technokratische Lösungen, die im Labor, nicht aber in der komplexen Realität funktionieren. Die Mängel in der Ebola-Bekämpfung sind im besten Fall ein Weckruf. Sie erinnern daran, dass Hilfe, die von oben diktiert und ohne tieferes Verständnis lokaler Zusammenhänge umgesetzt wird, nicht funktioniert – und im schlimmsten Fall sogar schadet.

Streit um Kantonswechsel von Moutier

## Tage des Zorns im Jura



DANIEL GERNY

Mit Wucht ist der Zorn im Jurakonflikt zurück. Wer geglaubt hat, der Streit sei nach der Abstimmung über den Kantonswechsel von Moutier im Jahr 2017 endlich beendet, sieht sich getäuscht. Der Gerichtsentscheid, den Urnengang wegen Unregelmässigkeiten ungültig zu erklären, ist Öl ins Feuer einer bereits beigelegt geglaubten Auseinandersetzung. Wie in alten Zeiten, als der Jurakonflikt die Nation auf Trab hielt, wird von den jurassischen Separatisten erneut zur «Revolte gegen Bern» aufgerufen, das mit «politischem Räubertum» den Willen der Stimmbewölkerung von Moutier sabotiere. Die Stimmung ist explosiv.

Doch die martialischen Worte sind übertrieben. Der Kanton Bern hat in den letzten Jahren zur Lösung des Konfliktes Hand geboten und ein Verfahren bestimmt, das die freie Entscheidung in jeder einzelnen bernjurassischen Gemeinde ermöglicht hat. Von der Berner Selbstgefälligkeit aus früheren Jahren war nichts mehr

zu spüren. Das ist keine Selbstverständlichkeit für den grossen Kanton, der sich bis heute als Brücke zwischen der deutschen und der französischen Schweiz versteht. Wütende Parolen der Separatisten, die eine angebliche «Kriegserklärung aus Bern» herbeireden, sind deshalb fehl am Platz.

Erklärbar sind die Emotionen dennoch. Die unerwartete Dynamik im Jura zeigt beispielhaft, dass sich die Geschichte nicht einfach wegzappen lässt. Die Wunden im Jura gehen tief und führen mehr als zwei Jahrhunderte zurück, als am Wiener Kongress die katholischen Gebiete im Jura dem Kanton Bern zugeschlagen wurden. Die Bevölkerung sah sich in der Folge religiös und sprachlich diskriminiert. 1947 entzündete sich der Konflikt, nachdem das Kantonsparlament den jurassischen Vertreter bei der Vergabe der Baudirektion übergeben und den Posten einem Berner Oberländer zugeschanzt hatte. Während mehr als dreissig Jahren prägten Zusammenstösse, Anschläge und unsaubere Tricks auf beiden Seiten die Auseinandersetzung. Lange hat der Kanton Bern das Selbstbestimmungsrecht der Jurassier tatsächlich nicht respektiert.

Die Geschichte des Kantons Jura zeigt aber auch, dass demokratisch einwandfreie Verfahren der einzige Weg sind, um solche Gebietskon-

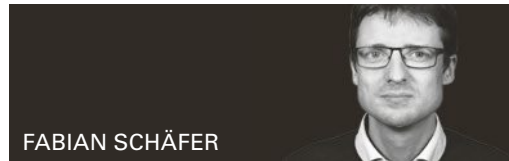
flikte zu entschärfen und zu beenden. Es wäre deshalb klug, das Bundesgericht in diesem erbiterten Streit entscheiden zu lassen und die Abstimmung allenfalls zu wiederholen. Denn einerseits ist es unbefriedigend, dass ein bernisches Gericht in dieser innerkantonalen Auseinandersetzung entschieden hat. Andererseits scheinen Zweifel am rechtmässigen Zustandekommen des Volksvotums von 2017 tatsächlich berechtigt. Der Jurakonflikt kann aber erst ad acta gelegt werden, wenn alle Beteiligten von der Legitimität des Entscheides überzeugt sind.

Bis es so weit ist, wird die Region nicht ganz zur Ruhe kommen. Das kann weitere Monate und Jahre dauern. Und dennoch besteht trotz der aufgeheizten Pulverdampf-Rhetorik kein Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Die heisse Phase des Jurakonfliktes liegt inzwischen Jahrzehnte zurück. Niemand bestreitet noch, dass die Bevölkerung von Moutier über die Kantonszugehörigkeit selbst entscheiden können muss. Den blutigen Freiheitskampf mit Sprengstoffanschlägen und Gewaltexzessen kennt die heute aktive Generation vor allem aus dem Geschichtsunterricht und von Erzählungen.

So gross der Zorn heute ist: Er betrifft einen Streit, dessen Höhepunkt längst vorbei ist.

Bundessteuer

## Das «Luxusproblem» Heiratsstrafe



FABIAN SCHÄFER

Es ist ein Trauerspiel in Endlosschleife. Seit Jahrzehnten versucht die Politik erfolglos, die Heiratsstrafe abzuschaffen. Immer noch muss ein Teil der verheirateten Doppelverdiener und Rentnerpaare wesentlich höhere Bundessteuern bezahlen als gleich situierte ledige Paare. Die meisten Kantone haben das Problem längst behoben. Sie haben pragmatische Lösungen umgesetzt im Wissen, dass absolute Gerechtigkeit unmöglich ist. Beim Bund hingegen haben Fundamentalisten hüben und drüben im Parlament einen Kompromiss verhindert. Erschwerend kommt hinzu, dass auch Bundesrat und Verwaltung nicht einfach eine der kantonalen Varianten übernehmen wollen. Manche sind ihnen nicht gut genug, andere zu teuer.

Auch der jüngste Entwurf, über den der Ständerat im September entscheidet, ist eine

Eigenkreation des Bundes. Die zuständige Kommission hat sich am Freitag zwar dahintergestellt. Ihre Diskussionen haben jedoch gezeigt, dass die Grabenkämpfe andauern. Ohne Stichentscheid des Präsidenten hätte die Kommission die Vorlage noch einmal auf eine Zusatzschleife geschickt.

Die Fronten sind klar: SP und FDP verlangen eine Individualbesteuerung, mit welcher Eheleute einzeln veranlagt werden. SVP und CVP halten an der gemeinsamen Besteuerung fest. Das Modell, das nun zur Debatte steht, bewegt sich dazwischen. Neu müssten die Steuerämter für Ehepaare eine doppelte Rechnung anstellen: Wie viel müssen sie nach der heutigen Methode bezahlen? Wie viel wäre fällig, wenn Frau und Mann separat besteuert würden? Zum Zug kommt der tiefere Betrag.

Die Kantone, die das Modell umsetzen müssten, lehnen den Vorschlag unter anderem wegen des Mehraufwands ab. Auch sonst gibt es berechtigte Einwände. Vor allem: Die Vorlage verfehlt das Ziel, dass alle Paare unabhängig vom Zivilstand gleich behandelt werden. Mit der Individualbesteuerung wäre dies der Fall.

Doch jetzt ist nicht die Zeit für einen grundlegenden Umbau des Steuersystems. Ein solcher wäre notwendig, um die individuelle Veranlagung einzuführen. Sie ist nur sinnvoll, wenn sie gleichzeitig auch auf Kantonebene etabliert wird. Eine derartige Übung würde Jahre dauern und auf Widerstand der Kantone stossen. Leidtragende wären die Ehepaare, die schon lange darauf warten, dass ihnen die Heiratsstrafe erlassen wird.

Selbst der neue Vorschlag könnte in einer Volksabstimmung einen schweren Stand haben. Zum einen bewirkt er erhebliche Steuerausfälle von voraussichtlich rund 1,5 Milliarden Franken im Jahr. Zum anderen würden davon vor allem Paare mit guten bis sehr guten Einkommen profitieren. Spürbar betroffen sind, grob gesagt, nur Paare, die mindestens 150'000 bis 200'000 Franken netto verdienen. Sobald sich herumspricht, dass die steuerliche Heiratsstrafe zum grossen Teil ein «Luxusproblem» darstellt, dürfte die Skepsis wachsen. Umso wichtiger ist, dass das Parlament einen pragmatischen Weg findet. Egal, wie viele Ehepaare genau betroffen sind, und egal, wie viel sie verdienen: Es ist Zeit, die grössten Ungerechtigkeiten zu beheben.



## SCHWARZ UND WIRZ Zeitgeist-Surfen auf den Teppichetagen

Von GERHARD SCHWARZ

Private Unternehmen sind Anker der Marktwirtschaft. Daher zollen die geistigen Väter der Marktwirtschaft den Leistungen der Unternehmer (und Manager) jeweils hohen Respekt. Von deren marktwirtschaftlicher Überzeugung halten die gleichen Denker dagegen weniger. Adam Smith schrieb im «Wohlstand der Nationen»: «Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zur Zerstreuung, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.» Und der deutsche Ökonom Walter Eucken geisselte das Streben der Unternehmen nach Monopolen und Kartellen, da er die Machtballung fürchtete. Man kann es so sagen: Wirtschaftsführer wollen, dass es ihrem Betrieb gutgeht. Daher haben sie trotz liberalen Lippenbekenntnissen ein Interesse daran, durch Tüchtigkeit oder mit anderen Mitteln den Wettbewerb auszuhelben und eine monopolartige Stellung zu erlangen. Und sie haben nichts dagegen, wenn sie vom Staat finanziell unterstützt werden oder dieser Regulierungen erlässt, die ihnen Vorteile bringen. Also wollen sie sich auch mit der Politik möglichst gut stellen. Sie sind keine ordnungspolitischen Überzeugungstäter, sondern Pragmatiker.

Ein jüngstes Beispiel ist das Manifest, das 200 amerikanische Unternehmensführer letzte Woche im Rahmen des Business Roundtable über den Zweck von Unternehmen veröffentlicht haben. Darin heisst es, Unternehmen sollten nicht mehr nur die Interessen ihrer Aktionäre verfolgen, sondern auch jene ihrer Mitarbeiter und Zulieferer sowie der Umwelt. Das tönt gut und ist ohne Zweifel richtig. Doch letztlich handelt es sich dabei um ein billiges Surfen auf dem Zeitgeist. Nicht nur Politiker vom linken Rand des Spektrums werden ja seit Jahren nicht müde, gegen die Orientierung am Shareholder Value zu wettern. Um zu zeigen, dass sie die Botschaft gehört haben, erklären nun diese Manager mit viel Getöse, dass sie Abschied vom Shareholder Value nehmen wollen. Nur: Wollen die Chefs von Apple, Walmart, Bank of America, Johnson & Johnson und all den anderen Giganten allen Ernstes behaupten, sie hätten bisher ausschliesslich dem Aktionärsinteresse gehuldigt?

Anstatt sich von der Anti-Shareholder-Value-Ideologie beeindruckt zu lassen, sollten die Wirtschaftsführer den Mut aufbringen, zu erklären, was Orientierung am Shareholder Value meint. Dabei geht es nicht um kurzfristige Maximierung des Profits um jeden Preis, sondern um die langfristige Steigerung des Unternehmenswerts. Sie ist nur möglich, wenn man die Interessen aller Stakeholder berücksichtigt. Wie sollte man sie nachhaltig erreichen können, wenn die Mitarbeiter unzufrieden sind, man sich mit staatlichen Behörden im Dauer-Clinch befindet, die Zulieferer sich ausgepresst fühlen und die Zivilgesellschaft die ökologischen Sünden des Betriebs anprangert? Wer den Unternehmenswert langfristig steigern will, kann gar nicht anders, als gemeinwohlverträglich zu handeln. Aber das Umgekehrte gilt eben auch: Unternehmen, die Arbeitsplätze erhalten, die nicht mehr rentieren, Geld für kulturelle und soziale Anliegen ausgeben und dafür weniger in den Betrieb investieren oder – im Rahmen der Gesetze – ihre Steuern nicht möglichst niedrig halten, gefährden das langfristige Gedeihen des Unternehmens. Damit ist niemandem gedient. Die meisten börsenkotierten Unternehmen kranken nicht an der Ausrichtung auf das Aktionärsinteresse, sondern an Konzessionen an den Zeitgeist und vor allem – unter dem Druck der Aktienmärkte – an der Kurzfristigkeit ihrer Strategien. Unternehmer und Manager müssten dies wissen.

Gerhard Schwarz ist Präsident der Progress Foundation.